

Das grösste Problem der Schweiz

Das Bevölkerungswachstum bringt hohe Füllungskosten. Die Vorstellung von Personenfreizügigkeit als etwas Gutem ist ein Resultat vieler Denkfallen. Der Bundesrat ist mitschuldig am falschen Bild der Schweiz als Rosinenpickerin. **REINER EICHENBERGER**

Der Bundesrat muss der EU mitteilen, wie er die zukünftige Beziehung Schweiz-EU sieht. Doch das macht nur Sinn, wenn er endlich das wahre Problem einbringt. Die Schweizer Bevölkerung wächst infolge Zuwanderung wieder im Rekordtempo. Nach fünfzehn Jahren voller Personenfreizügigkeit ist offensichtlich: Sie schadet der grossen Mehrheit der Schweizer, weil ihre Vorteile viel kleiner und ihre Nachteile viel grösser sind als vom Bundesrat bisher behauptet.

So hat der Fachkräftemangel trotz zwanzig Jahren Personenfreizügigkeit nicht abgenommen, hingegen ist die Bevölkerung 20% gewachsen. Derart rasches Wachstum der Bevölkerung bringt hohe Füllungskosten: Wichtige Produktions- und Wohlfaktoren wie Boden, Infrastruktur, Umweltgüter und Selbstversorgungsziele werden knapper und teurer. So ist das schnelle Bevölkerungswachstum ein Haupttreiber von hohen Wohnkosten, Energieknappheit, Lehrermangel, Verkehrsstaus, Nichterreichen der CO₂-Reduktionsziele etc.

Viele dieser Nachteile erscheinen nicht als Schäden im Bruttoinlandsprodukt BIP, sondern blähen es sogar auf. Trotzdem ist das Wachstum des BIP pro Kopf in der Schweiz im europäischen Vergleich seit 2010 niedrig, wie das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) schreibt. Das gilt, obwohl die Personenfreizügigkeit das Wachstum des BIP pro Kopf nach oben verfälscht, weil die Arbeitsleistung der wachsenden Zahl von Grenzgängern zum BIP zählt, aber Grenzgänger nicht den Einwohnern zugerechnet werden. Gemäss Seco ist das BIP pro Kopf mit bloss 0,8 bis 0,9% gewachsen. Ohne das vom Seco vernachlässigte «Grenzgänger-Doping» von 0,2 bis 0,3% wären die Zahlen schrecklich.

Achtung, Denkfallen

Die falsche Vorstellung von der Personenfreizügigkeit als etwas Gutem ist ein Resultat vieler Denkfallen, unter anderen der folgenden:

«Die Schweiz ist auf die Zuwanderer angewiesen.» Natürlich bringen manche Zuwanderer der Allgemeinheit viel. Aber sie könnten auch bei einer vernünftigen eigenständigen Zuwanderungspolitik kommen. Für sie wäre die Schweiz dank geringeren Füllungskosten sogar attraktiver. Zudem gilt: Die Personenfreizügigkeit verknappt die Zahl der Einheimischen. Diese sind in vielen Berufen aus ausbildungsbedingten, rechtlichen oder sprachlichen Gründen übervertreten, etwa bei Anwälten, höheren Staatsstellen, der Polizei oder der Kleinkindererziehung. Deshalb sind sie in den anderen Berei-

chen untervertreten. Je höher die Zuwanderung ist, desto mehr Einheimische braucht es in typischen Einheimischenberufen, und desto knapper werden sie in den anderen Bereichen.

«Zuwanderer helfen, unsere Staatsschulden zu tragen.» Gemäss Eidgenössischer Finanzverwaltung haben wir 299 Mrd. Fr. Staatsschulden (Stand 2020). Doch das ist brutto gerechnet. Unser Staat hat auch Vermögensgüter und Forderungen von 677 Mrd. und damit netto ein Reinvermögen von 378 Mrd. Fr., also rund 43'800 Fr. pro Einwohner. Zuwanderer übernehmen deshalb keine Schulden, sondern Vermögen.

«Zuwanderung schadet nicht, weil die Schweizer Arbeitsbedingungen und Löhne stets eingehalten werden müssen.» Alle flankierenden Massnahmen und Kontrollen können bestenfalls verhindern, dass die vertraglichen Löhne nicht unterboten werden. Aber sie können nicht verhindern, dass die vertraglichen Löhne wegen der Personenfreizügigkeit weniger schnell steigen, als sie ohne sie steigen würden.

«Gegen Bodenknappheit wirkt innere Verdichtung.» Mit dem heutigen Wachstum kann die Bevölkerung für nur noch wenige Jahre in bestehende Bauzonen hoher Qualität hineinverdichtet werden. Schon jetzt muss in immer weniger attraktiven Zonen gebaut werden, und bald muss alljährlich viel Land neu eingezont – oder die Zuwanderung rabiat gestoppt werden.

«Gegen Infrastrukturüberlastung hilft Infrastrukturausbau.» Der schnelle Ausbau der Infrastruktur ist mit überproportionalen Kostensteigerungen verbunden und dauert mit Planung, Ausschreibung, Rechtsverfahren und Bau oft zwanzig Jahre und mehr. Zudem drohen teure Fehler, weil mit zunehmender Geschwindigkeit immer öfter das Falsche am falschen Ort gebaut wird.

«Die Zuwanderung würde sinken, wenn die einheimischen Ressourcen – Frauen, Alte, Arbeitslose – besser in den Arbeitsmarkt integriert würden.» Die Zuwanderung in die Schweiz ist hoch, weil sie ihre Ressourcen besser als andere Länder nutzt, nicht weil sie besonders ineffizient ist. Nutzt sie ihre Ressourcen noch besser, steigt die Standortattraktivität, drängen mehr Zuwanderer und Unternehmen in die Schweiz und wachsen die Füllungskosten. Effizienz lohnt sich nicht mehr.

«Die Wirtschaft will Personenfreizügigkeit, also muss diese gut sein.» Zuwanderung hat Vor- und Nachteile. Die Vorteile fallen vor allem privat bei Unternehmen und Managern sowie den Zuwanderern selbst an. Hingegen treffen die Nachteile, die Füllungskosten, die Allgemeinheit. Wie beim Umweltschutz: Obwohl viele

Unternehmen die Umwelt möglichst frei nutzen möchten, ist freie Umweltnutzung gesellschaftlicher Unsinn.

«Personenfreizügigkeit ist ein Grundpfeiler der EU und unverhandelbar.» In den meisten EU-Ländern gibt es de facto gar keine Personenfreizügigkeit. Sie verbietet die Diskriminierung von EU-Zuwanderern und will für sie marktgerechten Zugang zu Arbeitsstellen und Wohnraum. Viele EU-Länder umgehen die EU-Vorgaben, indem sie statt den Ausländern die «Outsider» diskriminieren, die Zuwanderer plus die eigenen Jungen, was erlaubt ist. Die «Insider» – diejenigen mit Arbeitsstelle und Wohnung – werden vor Kündigung, Lohn- und Mietdruck so geschützt, dass die Anreize der Investoren schrumpfen, Arbeitsstellen und Wohnungen zu schaffen. Deshalb gibt es in vielen EU-Ländern nahezu keine EU-Zuwanderung und sind die Lebenschancen der Jungen bescheiden: Jugendarbeitslosigkeit, jahrelange Praktika, Leben bei den Eltern bis weit über dreissig etc.

Was wir brauchen

Solange der Bundesrat die Personenfreizügigkeit und die Bilateralen I schönredet, stossen alle Schweizer Forderungen in Brüssel auf Unverständnis: «Wie können sie etwas fordern, wo sie doch von der Personenfreizügigkeit und den Bilateralen nur profitieren?» Damit ist der Bundesrat mitschuldig am falschen Bild der Schweiz als Rosinenpickerin. Eine fruchtbare Weiterentwicklung der Beziehung zu Europa setzt voraus, dass der Bundesrat gegenüber der EU endlich ehrlich ist. Die Regierungen der Mitgliedländer werden das Problem gut verstehen. Fast alle würden ein Bevölkerungswachstum wie in der Schweiz nicht überleben.

Die Personenfreizügigkeit muss nicht geschleift, sondern geschliffen und weiterentwickelt werden. Ich vertrete Folgendes: Die Zuwanderung aus der EU und ausgewählten Drittländern soll möglichst frei von bürokratischen Hürden, aber nicht gratis sein. Neuzuwanderer sollen während drei bis fünf Jahren eine kleine finanzielle Zusatzabgabe leisten, ähnlich einer Kurtaxe. Schon ein Betrag von 12 bis 20 Fr. pro Tag würde die Zuwanderung wohl wirkungsvoll senken und lenken. Es kämen diejenigen, die der Schweiz viel bringen und denen das Zuwandern viel bringt.

Die Abgabe würde einen kleinen Teil der Wandernungsgewinne der Zuwanderer an die Schweiz fliessen lassen. Gleichwohl bliebe ihre Steuer- und Abgabenbelastung immer noch weit niedriger als in der EU. Die Einnahmen von je nach Modell 2 bis 5 Mrd. Fr. jährlich gäben den Einheimischen beste Anreize, für eine offene und attraktive Schweiz einzustehen.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Fribourg und Forschungsdirektor des Crema-Center of Research in Economics, Management and the Arts.



«In den meisten EU-Ländern gibt es de facto gar keine Personenfreizügigkeit.»

Rotation mit Ansage

Die Weltwirtschaft kühlt sich schneller ab als erwartet. Die Sorge um die Inflation könnte langsam aus dem Fokus der Märkte verschwinden. Denn die Teuerung wird nachlassen, wenn wegen der Konjunkturangst weniger konsumiert wird und der Ölpreis nicht weiter steigt. Die Zinswartungen und die Anleihenrenditen stehen daher schon jetzt unter Abwärtsdruck und haben ihren Höhepunkt wohl überschritten.

Für Aktienanleger heisst das: Auch falls eine tiefe Rezession ausbleibt, muss man sich innerhalb des Aktienmarktes umorientieren (vgl. Seite 16). Da der Trend in Richtung konjunkturelle Abkühlung nicht so bald bricht, wird der nun begonnene Prozess der Rotation zwischen den Sektoren und den Segmenten noch einige Zeit andauern.

Zyklische Wetten, Bankaktien und günstig bewertete Value-Titel sind in solchen Zeiten typischerweise zu meiden. Sie reagieren besonders empfindlich auf eine konjunkturelle Abschwächung. Dagegen sind die «Langweiler» – Nahrungsmittel, Pharma und Versorger – stabil aufgestellt und profitieren von tieferen Renditen. Auch hoch bewertete Technologieaktien und andere Wachstumswerte werden dann präferiert.

Das ist das reguläre Drehbuch einer Sektorrotation. Es kann als Orientierung dienen. Doch das jetzige Umfeld ist von Unwägbarkeiten geprägt, die kein Drehbuch abdecken kann. So könnte der Ukrainekrieg die Energie- und die Rohstoffpreise wieder in die Höhe schiessen lassen. Sich defensiv aufzustellen, ist aber auch dann keine schlechte Entscheidung. Der Schweizer Aktienmarkt bietet dafür eine gute Auswahl.



ALEXANDER TRENTIN
Redaktor
zum Thema
Aktienmarkt